

09.10.2017



**STADT ESSEN**

**Der Oberbürgermeister**

**Geschäftsbereich 5**

Jugend, Bildung und  
Soziales

Rathaus, Porscheplatz  
45127 Essen

**Beigeordneter**

Peter Renzel

Raum 14.39

Telefon +49 201 88 88500

Telefax +49 201 88 88510

E-Mail renzel@essen.de

13 .10.2017

Stadt Essen · GB5 · 45121 Essen

Ver.di Bezirk Essen

Frau Martina Peil

Gewerkschaftssekretärin Fachbereich Gemeinden

Teichstraße 4a

45127 Essen

## Kindeswohlgefährdung in Essen

in Ihrem Brief vom 24. August thematisieren Sie die Zunahme der Meldungen zu Kindeswohlgefährdungen und erkennbare Auswirkungen auf die Arbeitsbelastung im ASD.

Für den Anstieg der Gefährdungsmeldungen im Jahr 2016 sehe ich verschiedene Ursachen:

Die intensive Aufklärungs- und Informationsarbeit hat zu einer gestiegenen Sensibilisierung für das Thema Kinderschutz und Kindeswohl sowohl bei unseren in- und externen Partnern als auch in der Bevölkerung geführt. Darüber hinaus gab es in 2016 eine Reihe von Kinderschutzfällen in der Bundesrepublik mit erheblicher medialer Aufmerksamkeit. Erfahrungsgemäß ziehen solche Berichterstattungen immer auch einen zeitweisen Anstieg von Gefährdungsmeldungen nach sich.

Die Flüchtlingszuwanderung nach Essen hatte im Jahr 2016 ihren Höhepunkt erreicht. Die meisten Flüchtlinge waren in 2016 noch in Übergangs- und Erstaufnahmeeinrichtungen und Zeltedörfern untergebracht. Aus diesen Einrichtungen erfolgten im vergangenen Jahr sehr viele Gefährdungsmeldungen aufgrund der sehr beengten und provisorischen Lebensverhältnisse, die ein erhebliches Konfliktpotential auch für die Kinder mit sich brachten.

Auf diese besonderen Herausforderungen im Zuge der Zuwanderung wurde im Jugendamt und insbesondere in den Sozialen Diensten kurzfristig reagiert. Seit Anfang 2016 wurden sukzessive sieben überplanmäßige Einsätze in den Bezirksstellen der Sozialen Dienste und sechs weitere in der Fachgruppe unbegleitete Flüchtlinge realisiert. Die überplanmäßigen Einsätze im ASD halte ich auch weiterhin für notwendig, nachdem die überwiegende Mehrheit der Zugewanderten in den Privatwohnbereich verzogen ist.



**ESSEN**  
2017

GRÜNE  
HAUPTSTADT  
EUROPAS

**STADT  
ESSEN**

info@essen.de  
www.essen.de

Auch die Fortführung der Fachgruppe für unbegleitete Flüchtlinge im bisherigen Umfang halte ich weiterhin für notwendig, da das Jugendamt Essen nach dem Königsteiner Schlüssel auch in Zukunft eine hohe Zahl junger Menschen versorgen muss.

Mit der Verlagerung der Zuwanderung in die Stadtteile hat der Rat der Stadt Essen ein umfassendes Integrationskonzept verabschiedet, das seit September 2017 in der Umsetzung ist. Neben sieben Stabstellen in den Bezirksstellen wurden auch 35 Stellen bei der Wohlfahrtspflege eingerichtet, die praktische, aufsuchende Arbeit leisten sollen und den Zugang der Zugewanderten zum Regelsystem sicherstellen sollen. Ich gehe davon aus, dass sich im Zuge der Umsetzung des Konzeptes hierüber spürbare Entlastungen für den ASD in der Einzelfallarbeit ergeben werden.

Das Jugendamt Essen hat im Jahr 2016 seine Qualitätsstandards zur Bewertung und zum Umgang mit Kindeswohlgefährdungen überprüft und angepasst, insbesondere bei der Gefährdungseinschätzung im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte gibt es veränderte Strukturen. Solche regelmäßig vorzunehmenden Aktualisierungen von Qualitätsstandards führen nicht zwangsläufig zu einer Mehrbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im ASD. Sie können mittelfristig auch zu einer Entlastung führen, weil sich die Qualität der Gefährdungseinschätzung verbessert und passgenauere Hilfen als bisher geleistet werden.

Ferner möchte ich darauf hinweisen, dass der Jugendhilfeausschuss am 12. September 2017 das Jugendamt beauftragt hat, aufgrund der gestiegenen Kindeswohlgefährdungsmeldungen ein umfassendes Konzept zur Weiterentwicklung der Essener Präventionsstrategie zu erarbeiten, um über eine systematische und durchgängige Präventionsarbeit die Zahl gefährdeter Kinder abzusenken.

Auch wenn die Arbeit im ASD sich durch gesellschaftlichen Wandel und Zuwanderung in den letzten Monaten erheblich verändert hat, halte ich es zum jetzigen Zeitpunkt für verfrüht, über Personalausweitungen zu entscheiden, solange beispielsweise das Integrationskonzept nicht ausreichend in der Praxis erprobt werden konnte.

Ich halte darüber hinaus eine auf Innovation zielende, offene Diskussion innerhalb der gesamten Jugendhilfe für dringend erforderlich, ob die bisher entwickelten fachlichen Instrumente der Einzelfallhilfe ausreichend geeignet sind, um veränderten Familiensystemen und Entwicklungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen mittel- und langfristig gerecht zu werden.

Mit freundlichen Grüßen  
In Vertretung



Peter Renzel  
-Geschäftsbereichsvorstand-